

## Nicht weit entfernt

Nur zwei Stimmen über der erforderlichen Mehrheit. 17 Gegenstimmen. Ein Empfang mit offenen Armen sieht anders aus. So kurz wie der Anlauf, so knapp war auch der Sprung des Roger Heidt ins neue Amt des Ersten Bürgermeisters. Ein derart enges Ergebnis hatte niemand erwartet. Vielleicht gab es gerade deshalb so viele Gegenstimmen.

Noch im Vorfeld hatte es von fast allen Seiten geheißelt, man werde das Vorschlagsrecht der CDU akzeptieren. Aber vielleicht haben ja manche nur geschwiegen, die in der Hosentasche schon die Fäuste ballten. Schließlich darf man nicht vergessen, dass mehrere Fraktionen mit einer Koppelung der Wahl von neuem Dezernent und Erstem Bürgermeister alles andere als einverstanden waren. Etliche Gemeinderäte hätten zudem lieber erst mal über eine Neuordnung der Dezernate nachgedacht.

Womöglich musste Roger Heidt in der gestrigen Abstimmung das ausbaden, was sich da in den vergangenen Wochen an Groll angesammelt hat. Und im Gemeinderat ist derzeit einfach keine Stimmenthaltungstimmung. Heidt wird das knappe Ergebnis nicht umwerfen. Es wird seinen Ehrgeiz bis zum Amtsantritt – der voraussichtlich am 1. Oktober sein wird – eher noch anstacheln. Und zudem ist er ergebnismäßig gar nicht so weit von seinem Vorgänger entfernt. Andreas Schütze bekam bei seiner Wahl zum Bürgermeister zwar nur vier Gegenstimmen, doch als es um den Posten des Ersten Bürgermeisters ging, lautete das Resultat auch nur 25:15.

Mike Bartel

### Rats-Zitate

„Es gibt kaum einen Gemeinderat, der so lange abwägt, bis er entscheidet, wie der Pforzheimer Gemeinderat.“

Dorothea Luppold (SPD)

„Jetzt hören Sie doch auch mal zu. Ich bin immer ganz brav, wenn Sie reden.“

OB Christel Augenstein zur unaufmerksamen Sibylle Schüssler (Grüne Liste)

„Ich habe zwei Fragen und die zweite lautet: Kann man den Tagesordnungspunkt „Anfragen der Stadträte“ abschaffen?“

Bernhard Schuler (SPD) bei „Anfragen der Stadträte“

„Endlich war ich mal das Zünglein an der Waage.“

OB Christel Augenstein bei der Abstimmung über das Projekt „Biwaq“ (18 Ja-, 17 Nein-Stimmen)

„Es gibt auch passive Verweigerer. Das sind die Leute im Gemeinderat, die zwar physisch anwesend sind, an denen das Geschehen aber vorbeigeht.“

Dorothea Luppold (SPD) bei der Diskussion über Schulverweigerer

## Bauklassiker vor dem Abriss

ri. Ein Thema, das nicht auf der Tagesordnung stand, sorgte im Gemeinderat für aufgeregte Diskussionen: Das stadtbildprägende Gebäude der Baden-Württembergischen Bank an der Bahnhofstraße, ein Werk des berühmten Architekten Otto Bartnig, soll einem Neubau weichen. Axel Baumbusch (Grüne Liste) wies auf den gerade verabschiedeten Kulturentwicklungsplan hin, der unter anderem die charakteristische Bebauung der fünfziger Jahre rühmt. Von der Verwaltung wollte er wissen, wie sie zu dem geplanten Abbruch steht, ob man eine Abrissgenehmigung verweigern könne und wann der Rat endlich informiert werde.

Die Bürgermeister Alexander Uhlig und Gert Hager wiesen darauf hin, dass der Bauklassiker zwar als erhaltenswert eingestuft sei, aber nicht unter Denkmalschutz stehe. So gebe es keine rechtliche Möglichkeit, gegen den Abriss vorzugehen. Die Untere Denkmalschutzbehörde habe den „Wunsch nach Erhalt der konvexen Fassade“ geäußert, der sei aber nicht rechtsverbindlich. Im Übrigen werde man den Investor fragen, ob er sein Bauvorhaben in den Fachausschüssen vorstellen wolle.

Auf Baumbuschs weitere Frage, ob auch beabsichtigt sei, das Gebäude der Deutschen Bank abzubauen, meinte OB Augenstein, das habe sie „gerüchtweise gehört“.

## Einmütig Ja zum Verkehrsleitbild

ri. Zu unverbindlich, zu fahrradfreundlich, zu wenig konkret: So war das Leitbild zum Verkehrsentwicklungsplan, über das der Gemeinderat gestern zu entscheiden hatte, im Vorfeld der Sitzung von FDP und IHK bemängelt worden. Im Rat wurde noch einmal kräftig und teils auch kritisch diskutiert – und dann ganz und gar einmütig abgestimmt: Alle waren dafür.

Bürgermeister Alexander Uhlig hatte zuvor klargestellt, dass es sich lediglich um ein Leitbild handle, das notwendigerweise noch keine verbindlichen Vorschläge enthält. „Im nächsten Schritt wird's konkreter“, versprach er, „und dann wird es manchen weh tun.“

# Roger Heidt mit knapper Mehrheit gewählt

## Der neue Erste Bürgermeister wartet bereits mit konkreten Vorstellungen für die Entwicklung Pforzheims auf

Von unserem Redaktionsmitglied Mike Bartel

Überraschend knapp, mit 23:17 Stimmen, wurde der von der CDU nominierte Roger Heidt vom Gemeinderat gestern zum Ersten Bürgermeister gewählt. Der bisherige oberste Tourismusmanager des Landes Baden-Württemberg, der seit langem mit seiner Familie in Pforzheim lebt, wird damit Nachfolger des in die baden-württembergische Landesvertretung nach Berlin gewechselten Andreas Schütze. Es gab keinen Gegenkandidaten.

Der 46-jährige Heidt verwies in einer rund zehnmütigen Vorstellungsrede auf sein in „24-jährigem Außendienst“ erarbeitetes umfangreiches Netzwerk in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das wolle er nun „gezielt für eine weiterhin gute Entwicklung meiner Heimatstadt Pforzheim“ einbringen. Er sei zwar von der CDU nominiert, wolle aber ein Bürgermeister für alle Bürger sein, betonte Heidt. Und er könne sich gut vorstellen, „mit Ihnen allen gemeinsam einen Masterplan zu erarbeiten“, der die Potenziale Pforzheims aufzeige und Entwicklungsschritte festlege.

Heidt wartete bereits mit konkreten Vorschlägen auf. Eine zweite Landesgartenschau als „großen Schub für die Innenstadt“ hält er ebenso für denkbar wie eine stündliche Busverbindung zum Flughafen in Stuttgart und zum Baden-Airport. Wenn der A-8-Ausbau abgeschlossen sei, rücke Pforzheim verkehrstechnisch näher an Stuttgart und an die Landesmesse „als uns dies heute bewusst ist“. Besucher und Aussteller seien dann von Pforzheim schneller auf der Messe als von der Stuttgarter Innenstadt aus. Als Grünen-Stadträtin Schüssler nach den Vorstellungen bezüglich seines künftigen Dezernats fragte, sagte Heidt, dass er dies erst einmal kennenlernen wolle.



FINGERZEIG ODER UNBEDACHTHE HANDBEWEGUNG? Nach dem knappen Abstimmungsergebnis gratulierte OB Christel Augenstein gestern als Erste dem CDU-Kandidaten Roger Heidt. Und schien dem neuen Ersten Bürgermeister dabei schon die Richtung zu weisen. Foto: Wacker

## Die Weichen sind gestellt

### Ratsmehrheit steuert ein Gewerbegebiet im Buchbusch an

che bis zum Ende durchzuziehen. „Die Weichen müssen heute gestellt werden, damit die Flächen übermorgen bereitstehen“, argumentierte OB Augenstein.

CDU-Fraktionschef Florentin Goldmann will durch die Ausweisung des Buchbuschs als Gewerbegebiet „vorbeugen, damit nicht noch mehr Betriebe ins Umland ziehen“. Do-

rothea Luppold (SPD) mahnte an, bei allen derartigen Entscheidungen („auch bei Baugebieten“) künftig früher mit den Betroffenen zu sprechen.

Weil die Interessen der Landwirte, die wertvollste Ackerböden verlieren, nach Ansicht mehrerer Fraktionen zunächst nicht ausreichend berücksichtigt worden waren,

hatte die Oberbürgermeisterin das Thema vor vier Wochen kurzfristig von der Tagesordnung genommen. Gestern zeigten sich die meisten Gemeinderäte mit den in der Zwischenzeit erarbeiteten Lösungsansätzen zufrieden.

Nur von den Grünen hagelte es heftige Kritik an dem „ökologischen Sündenfall“. Sibylle Schüssler beklagte bloße Lippenbekenntnisse in Sachen Klimaschutz und erklärte – ebenso wie Bernd Grimmer von den Unabhängigen Bürgern – das Gewerbegebiet Buchbusch für überflüssig. Die Mehrheit jedoch war anderer Meinung.

## Trotz Kritik an der Projektflut: Rat zeigt soziales Herz

### Knappe Mehrheit akzeptiert Programme für Schulverweigerer, für „schwierige Fälle“ und für Förderung der Oststadt

Von unserem Redaktionsmitglied Rita Reich

Das war spannend: Nicht durch das übliche Handheben, sondern in namentlicher Abstimmung entschied der Gemeinderat gestern über drei Sozialprojekte, die der Finanzausschuss zuvor abgelehnt hatte. Man spürte, wie manche Leute auf der Zuhörerbank mitfieberten und um jede Stimme bangten. Ging es doch um Themen, von denen Lebenswege abhängen können: Hilfe für Schulverweigerer, Unterstützung für Jugendliche beim Berufseinstieg „auch in schwierigen Fällen“ und um die Weiterführung sozialer Arbeit in der Oststadt.

Große Überraschung: Obwohl sich die Mehrheitsfraktion CDU gegen weitere Projekte stark machen wollte, wurde die Teilnahme an allen drei Programmen mit knappen Ergebnissen beschlossen – dank einiger Abweichter in den eigenen Reihen.

So bekam das ESF-Programm „Schulverweigerung – die zweite Chance“ tatsächlich eine zweite Chance. Marianne Engeser (CDU) hatte erklärt, man sehe die wachsende Zahl der Schulverweigerer mit Sorge. Dennoch könne man dem Programm nicht zustimmen, weil die Vielzahl der subventionierten Projekte, die in Pforzheim angestoßen werden, nicht mehr überblickbar sei. Die CDU wünsche zunächst

eine Zielvereinbarung, in der festgelegt werde, „wo die Stadt im Sozialbereich hin will“. Die Sprecher der anderen Fraktionen sahen ebenfalls das Problem der Projektflut, meinten aber, dass die „zweite Chance“ unbedingt ergriffen werden müsse, um soziale Probleme zu verhindern. Bürgermeister Gert Hager versprach, im Herbst eine Übersichtsliste der laufenden Programme und Projekte vorzulegen.

Ähnlich lief die Diskussion, als es um die Fortsetzung des Programms „Kompetenzagentur“ ging. Ein irreführendes Wort, denn es handelt sich um ein Projekt, das die soziale und berufliche Integration von Jugendlichen fördert und die vorhandenen Fördersysteme

sichten und vernetzen will. Bundestagsabgeordneter Gunther Krichbaum (CDU) hat sich dafür stark gemacht, die meisten CDU-Stadträte stimmten aber mit Nein. Dennoch fand sich eine Mehrheit.

Sehr begehrt ist das Programm „Biwaq“ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier). Bei einer Förderquote von 88 Prozent haben sich Hunderte von Städten dafür beworben. In Pforzheim soll Biwaq in der Oststadt und an der KF Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Migranten fördern. Wenn es mit Biwaq nicht klappt, soll „Xenos“ (Integration und Vielfalt) als Ersatz herhalten. Die Ratsmehrheit sagte Ja dazu.



DER PARKPLATZ BEI DER STADTKIRCHE KOMMT WEG. Dies hat der Gemeinderat gestern im Zuge der Umgestaltungsmaßnahmen für den Lindenplatz beschlossen. Die wegfallenden Parkplätze werden zum Teil durch Flächen entlang der Melancthonstraße ersetzt. Foto: Wacker

miba. Ursprünglich sollten es „nur“ rund 710 000 Euro sein. Jetzt sind es sogar 1,1 Millionen Euro geworden, die laut des gestrigen Gemeinderatsbeschlusses in die Umgestaltung des Lindenplatzes und der Stadtkirchenanlage fließen werden.

## Parkplatz weg, Fontäne und Balkon her

stelle ich mir Kommunalpolitik vor“) ausdrücklich lobte.

Der gestern beschlossene Maßnahmenkatalog sieht auch die umstrittene Beseitigung des Parkplatzes an der Stadtkirche vor, der erst vor wenigen Jahren angelegt wurde. Es

soll zwar neue Stellflächen entlang der Melancthonstraße geben, aber letztlich werden es 16 Parkplätze weniger sein. Das stieß insbesondere bei der FDP- und bei der FW/UB-Fraktion auf Missfallen.

Die Grünen hätten lieber auf die Fontäne in der Enz verzichtet und stimmten deshalb dagegen. Ein zusätzlicher Balkon an der Nagold und die sonstige Planung wurden hingegen von allen gutgeheißen.

## Auf einen Blick

### Geld fürs Tierheim

**Pforzheim.** Durch die zunehmende Zahl von versorgten Tieren ist die Pflanzenkläranlage des Tierheims umgekippt. Das Tierheim wurde daraufhin an das Kanalnetz angeschlossen. An den Kosten beteiligen sich Stadt und Enzkreis. (Seite 15)

### Schluss mit Stillhalten

**Pforzheim.** Nicht mehr stillzuhalten haben sich die knapp 200 Teilnehmer der Kundgebung vor dem Rathaus vorgenommen, die gestern gegen Armut protestierten. Eingeladen hatte das Sozialforum, Gastredner war Paul Schobel. (Seite 15)

### Notschlafstelle gestorben

**Straubenhardt.** Das Projekt Notschlafstelle in Ottenhausen, das ehrenamtlich betrieben werden sollte, ist nun endgültig gestorben, nachdem der überörtliche Träger in Stuttgart die Betriebslaubnis verweigert hat. (Seite 17)

### Keine Windelsäcke

**Calw.** Der Kreis Calw wollte der Erste in Baden-Württemberg sein, der kostenlos Windelsäcke an Familien mit Wickelkindern abgibt. Daraus ist nichts geworden; der Kreistag stimmte gegen das Vorhaben der Verwaltung. (Seite 17)